

1995/J XX.GP

des Abgeordneten Wabl, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft  
betreffend Verkauf von Nahrungsmitteln unter dem Einstandspreis  
Seit dem EU-Beitritt findet bei den Handelsketten ein gnadenloser Preiskampf statt, bei dem hochwertige Nahrungsmittel zu Tiefstpreisen (Trinkmilch um 6,90 öS) verramscht werden. Betroffen sind v.a. Erzeugnisse aus der Landwirtschaft (v.a. Milch- und Fleischprodukte), die im Supermarkt zu Preisen verkauft werden, zu denen sie nicht einmal herzustellen, geschweige denn auch noch zu verarbeiten und zu transportieren sind. Der brutale Preiskampf geht vor allem zu Lasten der Bauern, aber auch zulasten der KonsumentInnen, denn Verkäufe unter dem Einkaufspreis sind nur möglich aufgrund der von den Unternehmen angewendeten Mischkalkulation unter dem Motto: 'was ich an der einen Stelle drauflege, hole ich mir an einer andern wieder". Diese Aktionen führen zu einer Entwertung von Lebensmitteln, zur Intensivierung der Produktion (Massentierhaltung) und zu einem Konsumverschwendungsverhalten, das zulasten der Umwelt geht. Die Folgeschäden dieser Strategie sind wiederum von der Allgemeinheit zu tragen. Frankreich hat als erstes europäisches Land bereits 1963 ein gesetzliches Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis geschaffen. Später folgten mit ähnlichen Gesetzen Belgien und Luxemburg. Vor kurzem hat die französische Regierung eine Novelle zum Wettbewerbsrecht vorgelegt mit dem Ziel, die Erzeuger und kleine Einzelhändler gegen die Übermacht der Super- und Hypermärkte zu schützen. In dem gegen die unlauteren Praktiken wie den Verkauf unter Einstandspreis durch die großen Ketten vorgegangen wird, soll das Kräftegleichgewicht zugunsten der kleinen Erzeuger und Händler wiederhergestellt werden. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Werden Sie sich einsetzen für ein Antidumpinggesetz, das es den Lebensmittelketten untersagt, Lebensmittel unter dem Einstandspreis zu verramschen?
2. Was werden Sie unternehmen, damit es zu mehr Kostenwahrheit bei den Preisen kommt?
3. Welche Antidumping-Regelungen gibt es derzeit in der EU bzw. welche Strategie verfolgt die EU in dieser Frage?
4. Auch bei den Förderungen gibt es ein nicht zu rechtfertigendes Gefälle und zunehmende Wettbewerbsverzerrung zwischen bäuerlichen Familienbetrieben und Großbetriebsstrukturen. Was werden Sie konkret für eine Staffelung der Agrarförderungen unternehmen, um dadurch mehr soziale Ausgewogenheit herzustellen?